

Für ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 3 Brook Street Grosvenor Square, London, W. und 32 Princess Street, Manchester.
Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage um 5 Uhr Nachmittags.
Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Reg. Postanstalten angenommen.

Danziger Zeitung



Zeitung

Organ für West- und Ostpreußen.

(B.I.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 27. November. Der heutige „Moniteur“ meldet die Ernennung des Grafen Persigny zum Minister des Innern, des Grafen Herrn Forcade Laroquette zum Finanzminister und der Herren Billault und Magne zu Ministern ohne Portefeuille. Gerüchsweise hieß es an der Börse, es sei aus Turin die Nachricht eingetroffen, daß König Franz Gaëta verlassen habe.

Wien, 27. November. Die „Wiener Zeitung“ meldet in ihrem amtlichen Theile, daß der Statthalter von Mähren, Graf Forbach, zum Statthalter von Böhmen und der Weissenburger Obergespan, Graf Johann Cziraky zum judeus curias Ugnars ernannt worden sei.

Paris, 26. November. (S. N.) Nach den neuesten Nachrichten aus Neapel sind daslbst abermals Garibaldianische Kundgebungen erfolgt. In Apulien und den Abruzzen hausen bewaffnete ausländische Banden, welche die Städte Magliano, Celano und Taglianazzo ausgeplündert haben. — 30,000 Mann Piemontesen berennen Gaëta.

König Franz II. hat ein Rundschreiben an die nach Rom abgereisten fremden Gesandten erlassen, worin er erklärt, daß er dieselben nach wie vor als bei seiner Person verläubigt erachtet. — Victor Emanuel unterhält Einverständnisse mit Gaëta.

Paris, 26. Novbr. (R. Z.) Der heutige „Moniteur“ meldet, daß eine formelle Scheidung des Cultus-Ministeriums vom Unterrichts-Ministerium nicht stattfinden wird.

Herr Marchand ist zum General-Sekretär des Ministeriums an Stelle des auf einen anderen Posten berufenen Herrn Pelleier ernannt worden.

London, 26. Novbr. (R. Z.) Das Reuter'sche Bureau bringt Nachrichten aus Java vom 14. Oct., welchen zufolge die holländischen Truppen in Banjarmassing dreimal von den Insurgenten zurückgeworfen worden waren.

Die Kaiserin von Österreich verließ gestern früh um 9½ Uhr Plymouth bei förmigem Winde. Sie war während ihres Aufenthalts in Plymouth sehr leidend gewesen.

Deutschland.

** Berlin, 27. October. Die Entwicklungen, welche die letzten Tage gebracht und das ganze Land in erwartungsvoller Spannung erhalten, nehmen ihren unvermeidlichen Fortgang. Heute erläßt bereits Staatsanwalt a. D. Nörner im Publizisten eine Erklärung in Sachen des Prinzen von Armenien (s. hinten) und mehrere andere theils von Steiber theils von zwei Criminal-commissarien stehen bevor. Was noch enthüllt werden wird, kann man nicht voraussehen, aber jedenfalls wünscht jeder Patriot, daß die offiziösen Bemühungen, die Sache von vorneherein zu vertuschen, vergleichlich bleiben werden. Mag die „Pr. Ztg.“ immerhin von oben herab über den unangemessenen Angriff des Oberstaatsanwalts leitartikeln, das Land wird es ihm jedenfalls Dank wissen, daß er rücksichtslos die ganze alte Wirthschaft enthüllte. Das Land will zu seinem eigenen Schutz und zur Sicherstellung seiner ersten und heiligsten Rechte und Interessen durch eine vollständige Enttäuschung eine radikale Ausrottung des Übelns. Sollte daher die Staats-Regierung wirklich nur so viel Ernst und Energie bei der Untersuchung der halb aufgedekten Thatsachen entwickeln, als die offiziöse „Pr. Ztg.“ richtiges Verständnis bei ihrer Beurtheilung, so wird es Pflicht der Landesvertretung sein, von dem durch Art. 83 der Verfassung ihr zustehenden Rechte Gebrauch zu machen, nach welchem sie die Befugniß hat, Bewußt ihrer Information Commissionen zur Untersuchung von Thatsachen zu ernennen und auf Grund dieser Untersuchungen dann weitere Schritte zu thun. Der endliche Erlass eines Minister-Verantwortlichkeitsgesetzes, die Aen-

derung der Stellung der Staatsanwaltschaft, die vollkommene Unabhängigkeit des Richterstandes — das alles sind nothwendige Erfordernisse, deren Dringlichkeit der Steiber'sche Prozeß bis zur Evidenz erwiesen hat.

— (B. u. H.-Z.) Einer verbreiteten Angabe zufolge, die wir für begründet zu halten berechtigt sind, haben Se. Rgl. Hoheit der Prinzregent Veranlassung genommen, einen Specialbericht über die in dem Steiber'schen Prozeß zur Sprache gekommenen gerichtlich-polizeilichen Konfliktsfälle anzurufen, und ist der Geheime Cabinettsrath Illaire mit den betreffenden Erhebungen beauftragt. Wir sind jedoch außer Stande anzugeben, ob diese von höchster Stelle angeordnete Berichterstattung mit der von dem Polizeipräsidenten Freiherrn v. Beditz beantragten commissarischen Untersuchung identisch ist.

— Die „Nat.-Ztg.“ kann aus „zuverlässiger Quelle“ zu den Angaben Steibers über den Potsdamer Depeschendiebstahl noch folgendes Nähere mittheilen:

„Der ehemalige Lieutenant Techens mußte sich bekanntlich längere Zeit hindurch in den Besitz der Briefschaften der Herren Gerlach und Niekuhr zu setzen, nahm Abschriften, und ließ die Originale dann wieder an ihren Platz zurücklegen. Unter diesen Papieren aus dem Jahre 1855 befanden sich auch Berichte des preußischen Militärbevollmächtigten in Petersburg, d. Minister-Meinholz, welche Mittheilungen über die Verhältnisse der russischen Armee und über den Stand der Dinge in dem damals belagerten Sebastopol enthielten. Techens verwahrte die Abschriften durch Ausleiterung an die biegsame französische Gesandtschaft. Diese schöpfe daraus nicht nur nützliche Informationen über die russische Kriegsführung, sondern auch über die Art, wie damals von einigen einflußreichen Männern in Preußen die Neutralität unseres Staates aufgefaßt wurde. Herr Steiber hatte das Verdienst, die Beziehungen Techens nach dieser Seite zu ermittelten.“

Nachdem Ende Januar 1856 die Verhaftung Techens und einiger der Mithuld Verdächtigen erfolgt war, stand man im Begriffe einer Untersuchung wegen Landesverrats einzuleiten, indem man sich dabei auf die Bloßstellung der damaligen preußisch-russischen Beziehungen Frankreich gegenüber stützte. Sofort aber stiegen unsrer Diplomatie Bedenken auf, ob die Untersuchung in ihrem weiteren Verlaufe nicht auf allerlei Punkte führen werde, welche das gerade damals lediglich bergetzte gute Vernehmen mit Frankreich aufs Neue trüben, und selbst sehr ernste Konflikte herbeiführen könnten. Es wurde deshalb die Sache vorerst in dem polizeilichen Stadium belassen und eine Immediat-Kommission eingesetzt, welche aus dem Justizminister, einigen der höchsten richterlichen Beamten und andern bestellten Personen bestand. Dieselbe sollte neben den rechtlichen Momenten vor Allem auch die politischen prüfen, und danach entscheiden, ob die Sache ganz fallen zu lassen, oder der Staatsprozeß einzuleiten sei. Diese Kommission stellte sehr weitgreifende Ermittlungen an, um sich zu vergewissern, wie weit die Angelegenheit führen könne. Zu dem Material gehörten natürlich auch die Aussagen der Verhafteten in den Polizeivierteln, welche der Kommission sofort übermittelt wurden, so daß weder Herr Steiber noch seine Chefs im Zweifel waren, welche Bemandnis es mit der Sache hatte, und weshalb sie fort und fort nicht zur gerichtlichen Untersuchung reif wurde. Die Kommission war in der ersten Hälfte des Februar 1856 zusammengetreten, und beendete ihre Aufgabe erst gegen Ende April. Das Ergebnis war, daß zuletzt doch die Einführung der Untersuchung wegen Landesverrats gegen Techens beschlossen wurde, welcher bekanntlich dann auch von dem Staatsgerichtshof verurtheilt wurde. Die drei übrigen, am 30. Januar Verhafteten, waren noch während der Verhandlungen der Kommission am 25. Febr., resp. 29. März aus dem Polizeigewahrsam wieder entlassen worden, und es unterblieb das weitere Verfahren.

— Ueber die im Steiber'schen Prozeß erwähnte Behandlung des sogenannten Prinzen Leo von Armenien wird der „Magdb. Ztg.“ geschrieben: „Prinz Leo hatte durch Herrn v. Mantuelli die Bewilligung seines Aufenthaltes in Berlin erhalten; nichts desto weniger wurde er nach dreimonatlichem Aufenthalt in Berlin festgenommen, als er im Begriffe stand, von hier abzureisen. Am 22. October 1855 wurde er durch einen Criminal-Commissar nach dem Polizei-Präsidium citirt mit dem Bemerkten, daß Herr v. Hindeldey ihn zu sprechen wün-

sche; hier angekommen, empfing ihn aber Steiber mit den Worten: „Sie sind mein Arrestant, und Sie werden nicht von hier abreisen, um Missbrauen gegen Russland zu erregen.““ Volle hundert Tage „unter zwanzig Schlüsseln“ im Gefängniß fest gehalten und dann plötzlich entlassen, wurde ihm auf seine Frage, mit welchem Rechte seine Freiheit verletzt sei, die Antwort: mit dem Rechte der höheren Gewalt! Als auf seine Beschwerde an den König Graf Wartensleben mit der Unterforschung beauftragt war und die Anklageakten von Steiber verlangte, verweigerte letzter unter allerlei Entschuldigungen die Mittheilung der Akten; er gab vor, sie dem Staatsanwalt übermittelt zu haben, welcher auf Befragen mit dem größten Erstaunen aussrief: „Wie, die Akten bei mir? Steiber hat gelogen!“ Und als nun Graf Wartensleben dem Steiber Vorwürfe über seine Handlungswise machte, erwiederte derselbe, die Akten seien — verschwunden. Prinz Leo schreibt selbst an den König: „Steiber hat seine Hände in russischem Golde gewaschen (er soll 500 Ducaten durch den Grafen Budberg erhalten haben), die Akten sind verschwunden, der Richter ist angeführt, die preußischen Minister in den Augen der Welt durch Steibers Vernehmen blamiert“, und noch viele andere, später durch Thataten bewiesene Handlungen, die wir hier nicht wiedergeben können. Es ist unglaublich, wie es so kommen konnte. Wo waren die Gesetze, die gegen solche Anschuldigungen erlassen sind, wo die Richter, welche über Aufrechthaltung der Gesetze zu wachen haben? Aber zur Geschichte dieser denkwürdigen Zeit des „Rechtsstaates“ ist noch lange nicht das letzte Wort gesprochen.“

— Von der bekannten „militärischen Denkschrift“ des Prinzen Friedrich Carl ist neuerdings bei Dentu in Paris eine französische Uebersetzung erschienen, die dort reisend gekauft werden soll. Da die Vorträge des Prinzen sich vornehmlich mit der Frage beschäftigen, wie bei einem Kriege zwischen Preußen und Frankreich der Sieg an die dieses Tages Fahnen gefestet, und der vermeintlichen Überlegenheit des französischen Heeres mit Erfolg begegnet werden kann, so haben dieselben gerade für Frankreich und die französische Armee ein besonderes Interesse. Die Uebersetzung führt den auf die Neuigkeiten des französischen Publikums berechneten prunkhaften Titel: „L'art de combattre l'armée française“ und ist mit einem Vorworte versehen, das über die Person des Prinzen Friedrich Carl und über die Entstehung des Schrifthabers nähere Auskunft giebt.

— Die „B. u. H.-Z.“ vernimmt, daß Graf Perponcher, der diesseitige Gesandte in Neapel, Rom bereits verlassen hat und am Freitag hier erwartet wird.

— In Stettin circuliert jetzt eine Petition an das Abgeordnetenhaus wegen Abänderung des Wahlgesetzes bei den Stadtverordneten-Wahlen. Dieselbe lautet: „An das hohe Haus der Abgeordneten in Berlin! Bei den von den unterzeichneten Bürgern Stettins neuerdings vorgenommenen Stadtverordnetenwahlen haben sich die fehlerhaften Grundätze und in Folge derselben die großen Mängel und Nachtheile der hinsichtlich dieser Wahlen gegenwärtig geltenden Bestimmungen der Städteordnung in so empfindlicher Weise geltend gemacht, daß wir das hohe Haus der Abgeordneten dringend ersuchen, so bald wie möglich eine Änderung der bezüglichen Gesetzgebung herbeizuführen, und zwar in dem Sinne, daß die unnatürliche Zertheilung der Bürgerchaft durch die Eintheilung in drei Steuerklassen wegfallen, statt deren ein und der selbe mäßige Steuer-Cenüs für alle Wähler eingeschlägt, und eine Einstimmung der Wahlbezirke mit den örtlich abgegrenzten Stadtbezirken festgestellt werde.“

— In Bezug auf den schon mehrfach besprochenen Konflikt zwischen Bürgern und Militärpersonen in Weissenfels bringt die „D. Allg. Z.“ folgende Nachrichten: Der Lieutenant von Westernhagen, über dessen Verhalten bei jenem Konflikte besonders von den Bürgern Beschwerde geführt wurde, sei vor das Ehrengericht seines Regiments in Erfurt gestellt, aber von diesem freigesprochen. Demnächst habe der Rechtsanwalt Bromme in Naumburg, auf die Aufforderung eines bei jenem Konflikte durch einen Säbelhieb erheblich an der Nase verletzten Bürgers, nachdem er in Weissenfels über den Bergang genaue Erfundigung eingezogen, eine Immunität-Beschwerde an den Prinz Regenten gerichtet. Der Prinz Regent habe nun zwei Gardeoffiziere nach Weissenfels gesandt mit dem strengen Befehl, sich mit zwei Evi-

seine Anfänge und Fortschritte. Geschichte der Ursachen, die ihn herbeigeführt haben.“ Voraus geht ein Brief an Lord Stanley, Präsident des indischen Rathes über die Lage der englischen Kolonien in Ostdindien.

In dem Briefe an Lord Stanley, der gewissermaßen als Vorrede dient, spricht sich der Verfasser anfangs über die Schwierigkeit seiner Aufgabe, über die Unnatürlichkeit der englischen Herrschaft in Indien, die lediglich auf den Bajonetten beruhte, und die Unmöglichkeit, aus derselben länger auf dem bisherigen Wege zu behaupten. Es sei ein Widerspruch, eine Schande für das englische Volk und seine liberalen Grundätze, „ketten für seine Mitmenschen zu schmieden.“

„Kein wahrer Freund seines Landes wird eine Polizei unterführen wollen, welche eines Tages den unheilvollsten Einfluß auf die freiheitlichen Englands haben könnte, keiner wird von der hohen Stellung von Vertheidigern der bürgerlichen und religiösen Freiheit herabsteigen wollen, die wir erworben haben, und die nach dem Geständnis aller Völker unser Eigentum ist. Wir haben in Indien zu sehr auf die Macht des Schwertes gepoht; wir haben zu wenig an die Verantwortlichkeit der Krone gedacht. Nichts würdiges Missbraüche sind gebuldet worden; sie sind bleibend geworden, ohne daß man die geringste Anstrengung gemacht hätte, Abhüste dagegen zu schaffen. Die Julizverwaltung war eingestanden, daß sie korrumpt, unzureichend, bestechlich, da die eingeborenen Julizbeamten höchst lässig bezahlt wurden; die Ländereien wurden um einen so ungeheuren Preis verpachtet, daß die Landbauer verarmten; die öffentlichen Bauten wurden entweder gänzlich vernachlässigt, oder in einem ganz läßglichen Maßstabe, ohne Verhältniß zu den Einkünften der Provinzen und dem Bedürfnis der Bevölkerungen, unternommen.“

Die Engländer haben es verstanden, den größten Theil von Indien zu einer Art von Irland zu machen — unser Gewährsmann macht diesen Vergleich selbst. Die reichen Familien verarmen und kommen herab, die einheimischen Fabriken werden ruinirt, die kleinen Bauern gerathen in ein Elend, was dem nichts nachgiebt, in welchem die ägyptischen Zellabs unter türkischer Herrschaft gerathen; die Staatsschulden Indiens wächst ins Unendliche, die englischen Compagnieherren und Beamten bereichern sich in Fabelhafte, und England wird reich durch den sauren Schweiss der gesündeten Orientalen. Dieses sagt uns ein nüchterner, patriotischer Engländer in dünnen Wörtern selbst.

Bisher hatten wir die Ansicht abgelegt, daß die Herrschaft der Engländer in Indien, mit welchen Uebelständen und Gebreden sie auch verknüpft sein möchte, doch besser und segensreicher für das Wohl der Indianer sei, als die ihrer einheimischen Fürsten; der Verfasser widerlegt diesen Irrthum; die orientalische Despotie, die einem zahlungsunsfähigen Bauern die Bastonade giebt; und ihn laufen läßt, ist jedenfalls human im Vergleiche mit dem kalt und nüchtern ausgeschlagten Schindelystem spekulirenden Kaufleute, das nötigenfalls zur Folter greift; die tollsten indischen Fürsten sind Naturalisten; die Engländer Systematisierer. Wären diese indischen Zustände dem großen Publikum bekannt, lägen sie näher zum Vergleiche, schwächen sich nicht mit der örtlichen Entfernung der fittliche Eindruck, man würde den Herren Engländern ins Gesicht lachen, wenn sie europäischen Herrschern guten Rath geben, wie sie ihre Untertanen auf humane Weise regieren sollen.

„Schlechte Rechtspflege“ ist die Ueberschrift eines Abschnittes — ein Gemälde der indischen Justizverwaltung, mit lauter Thatsachen belegt, welches sprechend dem gleicht, daß Fürst Dolgorouf in seinem Buche über Russland von der russischen entwirft. „Es ist eins der größten Unglücks Indiens, nach allgemeinem Eingeständniß. Alle Welt weiß, wie weit die Habsiger, die Raubhunde, der Geist der Expressum, die Langsamkeit und die Verachtung aller Gerechtigkeit in unseren Civil- und Criminalgerichten zu Suder und Kaput getrieben werden!“ Drüstet euch also, ihr braven, russischen Tschinowits; wenn Herr Montgomery-Martin Recht hat mit seinen Angaben, so sind die achtungsvollen englischen Gentlemen, die aus ihrer freiheitsstolzen, ehrgeizigen Heimat nach Indien gegangen, gerade so arge, wenn nicht ärgerliche Schufte, als ihr, nur mit dem Unterschiede, daß eine Schurke naturnüßiger ist. Die Engländer schwören junge rohe Leute von guter Familie (verstorbene), welche die Rechte studirte, in England aber zu Juristen nichts taugen würden, nach Indien, wo sie bald mächtige Herren und Sultane werden und überaus fette Stellen bekommen, während die unteren Rücksitzer von Indern u. dergl. bestellt sind, die einen Hundesold erhalten, und, wie die russischen Beamten auf's Stehlen angewiesen sind. Diese Leute sind,“ sagt der Gouverneur-Lieutenant Halliday, „so schlecht bezahlt, wenn sie überhaupt bezahlt werden, daß sie im wahren Sinne Hungers sterben können.“ Die Indianer fürchten die englische Polizei und Gerichtsbarkeit so sehr, daß sie, wenn z. B. einer von Mäusen geplündert worden, sich vor Allem Mühe geben, der Polizei zu

† Thronrei der Engländer in Indien.

Über die Ursachen des indischen Aufstandes und die Art der englischen Herrschaft in Indien überhaupt giebt das kürzlich erschienene Buch eines Engländer, Montgomery-Martin, interessante und zum Theil überraschende Aufschlüsse.

Der indische Aufstand hat die Macht und das Ausehen der Engländer in Asien nicht wenig erschüttert, und wenn auch durch Unterdrückung desselben die Ruhe wieder hergestellt ist, so wird es doch eine Reihe von Jahren bedürfen, ehe die Briten jenes Gefühl der Sicherheit und des Selbstvertrauens wieder finden können, das ihnen so verhängnisvoll geworden ist. Oder werden sie es überhaupt wiederfinden, wiro es ihnen gelingen, eine Aufgabe in Indien zu lösen, die nahezu unlösbar scheint? Werden sie im Stande sein, jenes orientalische Reich mit festen, nicht bloß materiellen, sondern auch geistigen Banden an England, an die europäische Gesittung zu ketten?

Die Engländer können Indien eben so wenig in indischer Weise, als in englischer regieren; indisch nicht, weil es Engländer sind, und englisch nicht, weil das indische Wesen zu fremdarig ist, um sich englischen Brauchen zu fügen. Eben so wenig sind sie im Stande, ihrer Regierung das Brahmanenthum, oder den Muhammadanismus, oder das Christenthum zu Grunde zu legen; am allerwenigsten aber vermögen sie, sich dem Audentium zu amalgamiren und ein ganz neues System zu schaffen. Sie behelten sich demnach, so gut es geht, und befolgen ein gemischtes System, das bedeutenden Schwankungen ausgesetzt, und sehr abhängt von den Ansichten und Grundlagen des jedesmaligen General-Gouverneurs und anderer leitenden Personen. Im Großen und Gänzen trägt diese Regierung den Charakter der Vormundschaft, und wird in Europa auch stets von dieser Seite angesehen.

Wie bekannt, fühlten sich die Engländer in Indien so sicher, daß sie der Aufstand der Sepoys fast wie ein Donnerchlag aus heiterem Himmel traf. Sie haben diesen Aufstand besiegt, aber sind nun nachdrücklich geworden und sinnen auf Mittel, um ähnliche Ereignisse für die Zukunft möglichst unschädlich zu machen; sie studiren die Ursachen der Empörung, und legen sie, so weit sie überhaupt erkennbar sind, öffentlich dar.

So hat Montgomery-Martin, Verfasser einer „Geschichte der britischen Kolonien“ und des englischen Reiches in Indien, neuerdings ein Werk veröffentlicht, das den Titel führt: „Der indische Aufstand,

listen in Verbindung zu setzen, die Sache einer genauen Untersuchung zu unterziehen und schließlich ihm einen ausführlichen Bericht vorzulegen. Vorläufig ist Herr v. Westernhagen zum Militärarrest gebracht worden und das Bataillon nach Nordhausen versetzt.

Anclam, 27. Nov. (Tel. Dep. d. Ost.-Z.) Herr von Cosswandt-Crummin ist heute mit 146 Stimmen zur Abgeordneten gewählt; Schulze-Delitzsch erhielt 98 Stimmen.

Hamburg, 25. Nov. Vor einigen Tagen hielt hier Herr Schulze-Delitzsch, welcher erklärte, daß er im Auftrage des Nationalvereins hier erschien sei, in der Tonhalle einen Vortrag über die materiellen Interessen in Beziehung auf den Nationalverein. Morgen Abend hält Herr Schulze-Delitzsch auf die Aufrichterung des Vorstandes des kürzlich gebildeten Vereins zur Reform des Gewerbebeweisens einen Vortrag über Associationen, Volksbanken u. s. w.

England.

London, 26. Nov. Ueber das Gericht von der Ankunft des Kaisers Napoleon in England schreibt der Correspondent der „R. Z.“: Das Wahrscheinlichste ist, daß der Kaiser Lust hat, herüber zu kommen, um mit der Königin, dem Prinz-Gemahl, Lord Palmerston und Lord John Russell ein paar vertrauliche Unterredungen zu haben, und daß er früher das Terrain sondiren, früher erfahren will, wie Hof und Cabinet, Land und Leute eine Überraschung dieser Art aufnehmen würden. Was man in Windsor darüber sprach, weiß ich nicht zu sagen. Im Publikum sprach man allerlei und fand den Gedanken auf jeden Fall very strange. Palmerston aber, bei dem eben Cabinets-Diner war, sagte, als beim Nachtheile die Rede auf den großen Incognito kam, welcher seiner Incognita nachgereist sein sollte, sehr heiter: „Never mind, Gentlemen! Er sei willkommen, so oft er allein landet!“ worauf allgemeiner Applaus folgte und der Witz noch in selbiger Nacht nach allen Clubs colportiert wurde. Wahrscheinlich auch nach Paris, und somit weiß der Kaiser, wie das Cabinet seinen Besuch aufnehmen würde, aus erster Hand.

London, 25. November. Der heutige „Observer“ meldet: „Die Königin hat Lord Bloomfield zum außerordentlichen Botschafter und General-Bevollmächtigten beim Kaiser von Österreich und Lord Augustus Loftus zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Berliner Hof ernannt.“

London, 23. Nov. Wie die „Shipping and Mercantile Gazette“ mittheilt, haben bereits Unterhandlungen zwischen den Regierungen von Großbritannien und Frankreich zum Zweck einer vollständigen Revision der französischen Differenzial-Schiffahrts-Abbgaben begonnen. Ja, das genannte Blatt glaubt melden zu können, daß die Unterhandlungen bereits einen Punkt erreicht haben, welcher ein glückliches Resultat fast unzweifelhaft macht — trotz der zahlreichen Petitionen, welche in Paris im Laufe des gestrigen Tages von den französischen Außenäsen gegen die von den dortigen Abedern so sehr gefürchtete Aenderung der französischen Schiffahrtsgefege eingelaufen sind.

Frankreich.

Paris, 25. Novbr. Der „Moniteur“ enthält heute folgende Mittheilung: „Wir sind glücklich, eine merkliche Besserung im Gesundheitszustande der Kaiserin melden zu können. Ihre Majestät ist trotz ihres entschiedenen Wunsches, das Incognito zu bewahren, überall erkannt und mit den Gefühlen der achtungsvollsten Sympathie aufgenommen worden. In Edinburgh hat der Lord Provost ihr eine Adresse überreicht, und ein schottisches Regiment ist vor dem Hôtel, wo sie logirte, in Parade vorbeigegangen, während die Militärmusik das Lied der Königin Fortsetzte und die von allen Seiten herbeigeströmte Menschenmenge ihre Hurrahs vernehmen ließ.“

Der „Courrier du Dimanche“ wie das „Bœuf“ zeigen die Verschmelzung der beiden Donau-Fürstenthümer in einen Staat unter dem Hospodariate des Fürsten Kosa als bevorstehend an.

Zu den liberalen Zugeständnissen, welche die Regierung dem Lande zu machen entschlossen ist, soll auch gehören, daß sie ferner keine Kandidaten bei den Wahlen für den gesetzgebenden Körper aufstellen wird. Man sagt, daß der Minister des Innern diesen Entschluß der Regierung in einem Rundschreiben zur Kenntnis der Präfekten gebracht habe. — Der Kaiser soll beschlossen haben, die erledigten Bischofsätze nicht eher zu besetzen, als bis die Ernennung des Abbé Marte zum Bischof von Bayonne vom Papste bestätigt und die Aussicht geboten wird, daß auch die anderen Ernennungen zu Rom Annahme finden. — Die Jesuiten, welche aus Italien kommen, haben von der kaiserlichen Regierung die Erlaubnis erhalten, sich in Frankreich niederzulassen. — Die kaiserlichen Verleihungen, wie sie der heutige „Moniteur“ veröffentlicht, finden nur wenig Anklang: man wünscht und erwartet mehr! — Von der Zusammensetzung des Ministeriums, wie sie gestern beschlossen war, soll zum Theil wieder Abstand genommen werden sein.

Ueber den Eindruck des kaiserlichen Dekretes in Paris wird der „R. Z.“ von ihrem Pariser Correspondenten geschrieben: Der heutige „Moniteur“ bringt das Dekret, welches die Attributions des Senates und des gesetzgebenden Körpers erweitert und einige Modificationen in der Organisation der höchsten Gewalten vornimmt, dem Senat und dem gesetzgebenden Körper das Recht wiedergibt oder vielmehr erhält, eine Adresse als Antwort auf die Thronrede zu erlassen, dieselbe zu discutiren und von den Regierungskommissionen, die zum Theil wieder Minister sein dürfen, alle möglichen Erklärungen über die innere und äußere Po-

verheimlichen, daß sie geplündert worden sind, um den Kosten zu entgehen, welche diese für Anstellung von Nachsuchungen liquidirt würden.

Herr Montgomery-Martin spricht im Fortgange seines Werkes auch von der Ausschließung der Eingeborenen von jeder Theilnahme an der Regierung.

Dieser Uebestand ist um so schlimmer, als die europäischen Herren, welchen Indien zur Regierung anvertraut ist, meist Neoten der Compagnie-Herren ic. sind, wie Lord William Bentinck selbst mit klarster Umstänlichkeit erörtert. Die östindische Compagnie hatte nicht blos das Monopol des Handels, sondern auch, wie unser Gewährsmann sich ausdrückt, „das Monopol der Patronage“, d. h. alle öffentlichen, gewinnreichen Bedienstungen und Stellen waren so zu sagen, ausschließliches Eigentum der Bevölkerung der Compagnie-Theilnehmer. Nun diente man mit alle hohen und wichtigen Civil- und Militärposten von Talb- oder ganz verdorbenen englischen Lordsöhnen, Großhändlerfrüchten ic. besetzt, die nach Indien den ganzen Übermut englischen Junkturums, den knallpeitschenden humor des Sports- und Turftriebens mitbringen, und mit unentstehlicher Ueberhebung auf die braunen Indianer herabsezen, von deren knechtlichem, unterwürfigen Sinne man von vornherein überzeugt ist; und man kann sich denken, welcher Art diese Regierung sein mag. Dazu kommt, daß diese regierenden Herren es meist unter ihrer Würde halten, die Landessprache zu lernen. Die Engländer haben im Allgemeinen wenig Fähigkeit fremde Sprachen zu lernen. Sie wissen auch folglich gar nicht, was im Lande vorgeht, was man denkt, treibt, schreibt und drückt.

Die Hauptfache ist, daß die Aristokraten Englands ihre Söhne in Indien unterbringen; die Nebenfache, daß es gut regiert wird. Alle Taugenichtse, Dummköpfe und verdorbenen Studenten Englands sind für Indien noch gut genug, wie Andorhilus sagt: „Man kann jene sehr gescheiten Bevölkerungen, welche schon so bedeutende Fortschritte in unteren Künsten und Wissenschaften gemacht, und noch täglich mehr machen, nicht ärger beleidigen. Das allein würde genügen, von an-

lit zu verlangen — sie können mithin wieder an der allgemeinen Politik Theil nehmen. Seit 1852 durfte sich bekanntlich die Kammer mit der allgemeinen Politik gar nicht befassen, das Ministerium durfte nicht direct mit ihnen unterhandeln, und was die Thronrede anbelangt, so war die Kammer darauf beschränkt, ihre Ansichten durch Zeichen des Bei- oder Nichtfalls auszudrücken. Durch das neue Decret wird das Recht der Discussion der Projekte und das Stellen von Verbesserungsanträgen Seitens der Kammer begünstigt, die schnellere Veröffentlichung der Debatten der Kammer beschleunigt, ohne daß jedoch der in anderen constitutiven Staaten gebräuchliche Modus wiederhergestellt wurde. Wichtig ist noch, daß das Decret auch die Veröffentlichung der Debatten des Senates gestattet. Dieselben waren bisher geheim. Diese Modificationen wurden von der öffentlichen Meinung ziemlich beifällig aufgenommen, obgleich man nach der Note der gestrigen halbamtlichen Blätter mehr erwartet hatte. Was die übrigen Modificationen anbelangt, die an der höchsten Verwaltung vorgenommen werden, so ist diejenige, welche das Unterrichtsministerium von dem des öffentlichen Unterrichts trennt und mit dem Staatsministerium vereinigt, wohl die wichtigste. Die Geistlichkeit steht so in nächster Beziehung zum Kaiser.

Italien.

Neapel, 17. Novbr. (R. Z.) Wenn man sich erlauben darf, den offiziösen Anklagen der „Preuß. Ztg.“ gegen die bekannte Proclamation in Betreff des Erschießens bewaffneter Bauern die eigene Anschauung und die aller hier lebenden Deutschen — mit sehr spärlichen Ausnahmen — entgegenzusetzen, so kann man, trotz alles offiziösen und offiziellen Grosses, den die kürzesten Gegner der italienischen Revolution auch vielleicht auf die Vertheidiger Cialdinis übertragen dürften, doch nicht umhin, sich sowohl mit der Drohung, wie mit der Handlungweise Cialdinis vollständig einverstanden zu erklären. Als die Nachrichten über die von fanatisirten Bauern gegen gefangene oder verwundete Garibaldianer verübten Bestialitäten zuerst hier eintrafen, hielt ich diese Gerüchte keiner Erwähnung wert, da ich recht wohl wußte, in welcher widerlichen Weise während eines Krieges die Fama der Parteien alles das zu vergrößern pflegt, was zur Aufschwanzung der Gegner dient. Da jedoch die Nachrichten sich wiederholten und sich häuften, und ich persönlich Gelegenheit bekam, an Quellen zu hören, deren gewissen- und ehrenhaften Mittheilungen für mich nicht den allergeringsten Zweifel übrig ließen, so teilte ich Ihnen in ein paar Worten die Richtigkeit des Ihnen bereits Bekannten mit. Ich kann Ihnen heute nur die wiederholte Versicherung geben, daß dem wirklich so ist, und daß die strenge Maßregel Cialdinis nur Nothwehr war. Im Übrigen wird das auch keinen Menschen wundern, der nur ein einziges Mal einen Blick in dieses schöne Land geworfen hat, wo man seit Jahrhunderten alles Mögliche that, um nur nicht eine sittliche Erziehung des Volkes aufkommen zu lassen. Bekanntlich ist nirgendwo die Thierquälerei größer und widerwärtiger, als im Königreich beider Sicilien. Die Vögel sind beinahe ganz und gar ausgerottet, und wo sich noch irgend ein vereinzelter gefiederter Sänger sehen läßt, da ist sofort die halbe Bevölkerung hinter ihm her. Hängt man ihn, so dient er zu allerlei Kurzweil so lange, bis er stirbt, und noch in diesen Tagen sah ich mit eigenen Augen bei Gelegenheit der öffentlichen Aufzüge, daß die Singvögel mit einem Strick um das Bein als Zierrat der gepunkteten Baumzweige dienten, die nebst Fahnen bei solchen Gelegenheiten vorgetragen werden. Die Misshandlung der Zugthiere, selbst in den Straßen Neapels und unter den Augen des dort so unendlich zahlreich umherwandelnden Clerus, übersteigt jeden Begriff, und wenn es irgendwo ein wahres Sprichwort giebt, so ist es jenes, was von Neapel sagt, es sei „das Paradies der Bettler und die Hölle der Pferde.“ Man braucht nun nicht gerade Mitglied des Münchener Vereins zum Schutz der Thiere zu sein, um von solchen Thatsachen einen Rückschluß auf Sinn und Gemüth der Bevölkerung des Königreichs Neapel zu machen und schon a priori die Möglichkeit zugewiesen, daß solche Cialdini'sche Maßregeln vollständig gerechtfertigt sind. Wo aber, wie in diesem Falle, diese Möglichkeit sich zur historischen Gewissheit gestaltet, da muß jede Anklage schweigen. Die „Preuß. Z.“ wird im Laufe der nächsten Monate noch öfter in den Fall kommen, ihren lokalen Augen über die Strenge des piemontesischen Regiments in Süd-Italien Thränen des Mitleids und der Enträstung zu erpressen, — ich prävenire sie davon. Es wäre zu wünschen gewesen, die Sprache der legitimen Geschädigte wäre früher eben so offen und eben so kräftig gegen die Missregierung der Bourbons aufgetreten, wie sie und ihre Organe heute gegen alles und jedes zu Felde ziehen, was gegenwärtig hier im Interesse sittlicher Ideen geschieht.

Der „Constitutionnel“ hat Nachrichten aus Neapel vom 24. Nov., wonach die Ausreisereien und der Absatz in der Besetzung von Gaeta fortbauern. Zur schnelleren Betreibung der Belagerungsarbeiten von Gaeta ist der Dampfer „Elettrico“ mit zwei Compagnien Sappeurs und die „Dora“ mit einer Ladung Bomben und Granaten nach Neapel abgefahren.

Was die Instanzion des Marseiller Telegraphen-Bureaus betrifft, das unter Aufsicht der Präfectur die Nachrichten

deren Beschwerden ganz absehen, um ihre Rebellion zu erklären und zu rechtfertigen.“

(Eine musikalische Bekleidung.) Ein Gutsbesitzer zu Sagan geriet in Concours und bat den zum Verwalter der Concours-Masse bestellten Justizrat E. dafelbst mehrfach bekleidet, indem er demselben vorgeworfen, daß er die Masse absichtlich untreu verwalte, weil er sich durch Geldanerbietungen habe bestechen lassen. Der Gutsbesitzer ist deswegen auch bereits bestellt. Am 6. d. Wts. Abends, bestellte derselbe nun bei dem Stadtmaius zu Sagan eine Morgenmuß, welche dem Justizrat am andern Morgen, dem Geburtstage desselben, vor dessen Wohnung gebracht werden sollte und verlangte, daß dabei nur die beiden Lieder: „Neb‘ immer Treu und Geduld“ und „Eine feste Burg ist unser Gott“, gespielt werden sollten. Der Stadtmaius kam dem Auftrage nach und führte das bestellte Ständchen vor der Wohnung des Justizraths aus. Auf die deshalb gegen den Gutsbesitzer erhobene Anklage sprach das Gericht erster Instanz den Angeklagten von der Amtsbeamten-Bekleidung frei, verurteilte ihn dagegen wegen öffentlicher Bekleidung des Justizrathes zu einer zweimonatlichen Gefängnisstrafe.

Das Appellations-Gericht trat der Ansicht des ersten Richters bei, daß auch der Ton der Muß ein Zeichen sei, durch welches eine Geringabschätzung ausgedrückt werden könnte, und bestätigte deshalb das erste Erkenntniß. In der gegen dieses Erkenntniß eingelagerten Nichtigkeitsbeschwerde behauptete der Angeklagte, daß das bloße Vor spielen einer Melodie nicht geeignet sei, den Thatbestand einer Bekleidung festzustellen. Das Königl. Ober-Tribunal hat die Nichtigkeitsbeschwerde zurückgewiesen, weil nicht in dem Vor spielen der Melodie allein, sondern in der Verbindung dieses Vor spiels mit der feindseligen Absicht des Angeklagten der Thatbestand einer Bekleidung gefunden werden müsse.

so färbt, wie es in Paris beliebt wird, so erklärt eine Depesche aus Turin vom 24. Nov., Abends, geradezu, die Behauptung des Marseiller Telegrammes, als seien in den beiden Sicilien Unruhen mit Militärgewalt niedergeschlagen worden, für grundlos. Bisher hat die Nationalgarde ausgereicht, bei Pöbel-Aufläufen durch Verhaftungen blutigen Scenen vorzubeugen. Gefährlich und unerträglich erwiesen sich besonders die Wegelagerer und Schnapphähne, die im Namen der „guten Sache“ die Unitarien plünderten und einen großartigen Schmuggel mit zollbaren Artikeln trieben. Gegen diese hauptsächlich ist das Standrecht in den Abruzzen proklamiert worden. Um die wirklichen politischen Leidenschaften zu bekämpfen, hat Victor Emanuel ein besseres Mittel, als Pulver und Blei, erdacht. Der Turiner Correspondent des „Journal des Débats“ schrieb schon am 22. Novbr., daß eine allgemeine Amnestie für alle politischen Vergehen im Werke sei, und daß das betreffende Decret hauptsächlich darauf berechnet sei, die Kriegsgerichte in Neapel überflüssig zu machen.

Die „Times“ hat zuerst gemeldet, König Franz habe einen Blutssturz gehabt; auch in Neapel war am 24. Novbr. das Gericht verbreitet, der König siege in Gaeta stark darnieder. Indes fehlt bis jetzt jede nähere Begründung dieses Gerüchtes. Den halboffiziellen Pariser Blättern zufolge ist der König Franz vollkommen wohl, und besucht jeden Tag die Festungswerke in Gesellschaft der Königin. In Paris glaubt man nicht, daß Gaeta sehr bald capitulieren wird, da die französische Flotte Befehl erhalten hat, im vorigen Hafen zu überwintern. Es liegen gegenwärtig fünf Kriegsschiffe vor Anker auf der Rhede von Gaeta: ein französischer Aviso, ein englisches Linienschiff, ein preußisches und zwei spanische Kriegsfahrzeuge. Außerdem liegen drei italienische Schiffe in einiger Entfernung vor dem Hafen.

Danzig, den 28. November.

Die Bau-Deputation hält heute, begleitet von mehreren Polizeibeamten eine Besichtigung der Straßen ab. Viel Gutes wird dabei wohl nicht zu sehen geben.

Die Feuerwehr-deputation hat an 8 Feuerwehrmänner, welche sich bei dem am Sonnabend in der Porthausengasse stattgefundenen Feuer ausgezeichnet haben, aus dem Prämiensond die Summe von ca. 50 Thlr. an Prämien bewilligt.

Nach einer dem Vorstande der freireligiösen Gemeinde soeben zugegangenen Nachricht ist der Prediger Herr Wilhelm Massen, der vergangenen Sonntag seine Probpredigt hier halten sollte, aber nicht erschienen war, auf der Reise nach hier in Brandenburg a. H. am 23. d. erkrankt und hat derselbe dort bewußtlos ins Krankenhaus gebracht werden müssen.

* Die Gefahren, welche die Unterspülung des Dammes bei der Varenter Wachibude fürchten ließ, sind nach einer neuen Mittheilung des „Graevenor Gefeiligen“ bereits beseitigt.

* Der hiesige Gartenbauverein wird nächsten Sonntag, den 2. Dezember e. c., eine Generalsammlung abhalten, in welcher die Wahl des Vorstandes und Vorlage des Etats pro 1861 auf der Tagesordnung steht.

* Marienburg, 27. Nov. Herr Bürgermeister Horn teilte in der letzten Stadtverordneten-Versammlung mit, daß trotz der Mehrkosten für das Gymnasium die Comunalsteuer nicht erhöht zu werden brauche. Die neue Anstalt ist in erfreulichem Fortschreiten begriffen und hat bereits von auswärts 54 neue Schüler erhalten. In derselben Sitzung wurde auch die Neorganisation der höheren Töchterschule in Berathung gezogen und sind mehrere Gehaltszulagen an Lehrer bewilligt worden.

Erling, 27. November. In einer der letzten Nummern des „Alten Elb-Anzeiger“ hatte mit der Unterschrift „Einer für Viele“ sichemand über den von den Stadtverordneten willkürlichen Zuschuß von 16,000 Thlr. zu den Kosten für die Verlieferung des Fahrwassers ausgelassen und die Meinung geäußert, daß es vorzuziehen gewesen wäre, die Stellung der Elementarlehrer zu verbessern. Hiergegen erklärte nun in demselben Blatte 22 Lehrer, daß sie zu den Vieles nicht gehören und stellen überhaupt in Zweifel, daß der fragliche Artikel von einem Lehrer ausgegangen sei.

Tapiau, 25. Nov. Von besonderem Interesse ist für unsere Stadt der nächste, auf den 21. Dezember d. J. angestellte Kreistag. Auf denselben soll nämlich von den Kreistagsmitgliedern über die Leistung eines Beitrages von 6000 R. zu der durch die Stadtgemeinde Friedland von der Friedländer Kreisgrenze nach dem hiesigen Bahnhofe zu erbauenden Chaussee und zur event. Uebernahme der Terrainschädigung, sowie über die Fortführung dieser Chaussee von hier bis an die Labiauer Kreisgrenze Beschluss gefasst werden. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß, falls die beantragten 6000 R. bewilligt werden, gleichzeitig oder doch früher als sonst, mit dem Bau der erwähnten Chausseestrecke auch der Bau der so notwendigen Preglbrücke bei Tapiau in Angriff genommen werden würde, deren Mangel wieder in letzter Zeit auf vielfache Weise fühlbar geworden ist. Außerdem würde die Verbindung Tapiaus mit Friedland und, wie sich später erwarten läßt, mit Labiau durch eine Kunststraße von den wohlthätigsten Tothen für unsern Ort f. in und solchen einigermaßen für die schweren Verluste entschädigen, welche derselbe seit mehreren Jahren erlitten hat.

Memel, 26. Nov. (R. H. B.) Jetzt erst läßt sich der große Verlust, der den hiesigen Handel durch die Stürme vom 4. bis zum 6. und am 23. October getroffen, mit größerer Bestimmtheit übersehen. Es sind 22 Holzstöße auf dem Transport von Memel im Haff zerschlagen worden. Mag immerhin der größte Theil der Holzwaren mühsam durch die größte Anstrengung aus dem Haff gevoerzen sein, so ist doch auch Vieles in die See getrieben, ganz verloren gegangen. Abgesehen davon, daß die Eigentümer viel später in den Besitz ihrer Waaren gelangten, so läßt sich der wirkliche Schaden, den sie erlitten, auf 10 bis 12,000 Thlr. mit Sicherheit annehmen. Durch solche Calamitäten wird die Erhaltung des so bedeutenden Holzhandels unserer Stadt zur unabsehbaren Notwendigkeit. Die Riederei beklagt den Verlust unseres größten Schiffes, des „Purpure“ von 386 Lasten, welches durch Orfanage jener Octobertage bei Hirtsholmen mit Verlust eines Theils der Ladung. Mag ic. nach Frederikshaven gebracht worden ist. Man fürchtet, daß das schöne Fahrzeug durch eine Reparatur nicht mehr wieder herzustellen sein dürfe.

Der Prinz von Armenien.

Der Oberstaatsanwalt, Herr Schwarz, hat in dem Plaidoyer, welches er in dem bekannten Stieber'schen Prozeß vor dem Königlichen Kammergericht gehalten hat, meine Amtsführung in der härtesten Weise angegriffen, obwohl nicht ich, sondern Herr Stieber angeklagt war und obwohl ich in der Audienz mich ohne alle Vertretung befand. Die Angriffe, welche Herr Schwarz gegen mich in solcher Weise vorgebracht hat, beruhen durchweg auf unrichtigen thatfächlichen Voraussetzungen und habe ich bereits die erforderlichen Schritte gethan, um eine gerichtliche Verfolgung gegen Herrn Schwarz herbeizuführen. Nur in Betracht einer bestimmten Anschuldigung sehe ich mich veranlaßt, hier an die Öffentlichkeit zu treten, da diese besonders geeignet ist, das öffentliche Urtheil zu vertreiben; ich meine den Prinzen von Armenien. Altenmäßig hat sich das Verfahren gegen denselben wie folgt entwickelt.

Im October 1855 brachte der angebliche Prinz von Armenien, welcher sich hier ohne jede Legitimation seit kurzer Zeit in sehr ärmlichen Verhältnissen aufhielt, eine Denunciation bei mir gegen seine Stubenwirthin, die Frau Mehlmann, an, weil dieselbe einen an ihn gerichteten Brief eröffnet habe. Den Brief bezeichnete der angebliche

Prinz als eine Depesche seines Flügel-Adjutanten Amur Khan. Bei näherer Recherche ergab sich, daß diese Denunciation rein aus der Lust gegriffen sei, weil die Frau offenbar aus einem Versehen den mit einer schwer lesbaren Adresse, in englischer Sprache bezeichneten Brief eröffnet hatte. Der Brief enthielt auch keine Depesche eines Flügel-Adjutanten, sondern einen Mahnbrief der Handlung „Hovender“ in London, in welchem der angebliche Prinz aufgesfordert wurde, zwei Löpfe Haarpomade zu bezahlen, welche er in London geborgt hatte. Sowohl ich, als auch die sämtlichen Beamten der Kriminalpolizei, gewannen alskald die Überzeugung, daß der Prinz ein Schwindler sei. Ich habe nicht nur mehrere polizeiliche Verhöre derselben beigewohnt, sondern ihn persönlich in französischer Sprache vernommen. Es stellten sich namentlich folgende einzelne Punkte in Bezug der Schwimdeleien des angeblichen Prinzen heraus, deren ich mich noch speziell erinnere und über welche, außer dem Polizei-Director Stieber, noch die Kriminal-Commissionen Pick, Rockenstein, Tichy u. s. w. Zeugnis ablegen müssen:

1) er behauptete durch einen Brief der Königin von Georgien Sr. Majestät dem Könige von Preußen empfohlen zu sein. Es existiert aber weder eine Königin von Georgien noch eine solche Empfehlung;

2) er behauptete, der Kaiser von Russland habe ihm seinen Länderebesitz und seinen Staatschäg, im Werthe von Millionen, gewaltsam entriß. Es fanden sich bei ihm gedruckte Proklamationen dieses Inhalts, welche sich bei näheren Recherchen lediglich als Lüge erwiesen;

3) er hatte keinen Paß noch irgend eine Legitimation, er behauptete vielmehr, der Kaiser von Russland habe ihm solchen gestohlen. Man fand aber unter seinen Papieren einen Brief, welcher mit dem Wappenschild eines preußischen Thalers versiegelt und nach der in französischer Sprache auf solchem befindlichen Aufschrift als „eine Depesche des Fürsten Petrosbey an Se. König. Hoheit den Prinzen von Armenien in Italien“ bezeichnet war. In dem Briefe befanden sich einige Stücke Matratzen und ein alter abgelaufener Paß auf einen Engländer, Namens Amur Khan. Diesen Namen hatte der Prinz erweitschlich in London geführt.

4) Bei dem Prinzen fand man einen Ordensstern, den er für den armenischen Hausorden ausgab und über dessen Besitz er kein Patent aufweisen konnte. Jeder armenische Prinz erhält nach seiner Versicherung diesen Ordensstern in der Wiege. Sachkundige Untersuchungen ergaben, daß ein armenischer Hausorden gar nicht existirt und daß der vorgefundene Ordensstern ein altes Commandeurkreuz des portugiesischen Christusordens war, welches der angebliche Prinz wahrscheinlich in einem Trödlerladen gekauft hatte.

5) An die Redaction des genealogischen Kalenders zu Gotha hatte er unter dem fingirten Namen „Adjutant Fürst Petrosbey“ geschrieben, um seine fiktive Stellung in dieser Zeitung einzufärbigen.

6) An die Redaction der Leipziger illustrierten Zeitung hatte er wiederum unter dem Namen Prinz Silvanesian geschrieben, um sich für 5 Thaler, welche er als Insertionskosten offerierte, in dieser Zeitung verherrlicht zu sehen.

7) Eine Nachfrage bei der russischen Gesandtschaft ergab, daß alle Angaben des angeblichen Prinzen über den von Russland gegen ihn geführten Krieg Schwimdeleien waren, daß vielmehr der angebliche Prinz schon früher in Frankfurt a. M. eine Menge Proklamationen und Schimpf-Artikel gegen den Kaiser von Russland verbreitet hatte, und daß ihm endlich ein Beamter der russischen Gesandtschaft ein erkledliches Almosen gereicht hatte, um diesem Unfuge ein Ende zu machen.

8) Weitere Recherchen ergaben, daß der angebliche Prinz sich schon vor einer Reihe von Jahren in Berlin unter dem Namen „Fürst Körkoz“ aufgehalten hatte, daß er unter diesem Namen hier betrügerische Schulden gemacht und im Schuldarlehen gesessen hatte. Der damalige Polizei-Präsident von Puttmann hatte ihn aus Berlin verwiesen. Der angebliche Prinz bestritt anfangs, daß er mit diesem Fürsten Körkoz identisch sei, seine Identität wurde aber unzweifelhaft festgestellt.

9) Es ergab sich ferner, daß der Prinz in Brüssel schon wegen Beutes zu 5 Jahren Gefängniß verurtheilt war. In Paris war er wegen Schwimdeleien durch Ministerialbefehl vom 27. Mai 1850 ausgewiesen und wegen verbotener Rückkehr nach Frankreich mit zwei Monat Gefängniß bestraft worden. In London hatte er wegen scandalösen Ehebruchs unter höchst gravirenden Umständen vor Gericht gestanden und war zu einer erheblichen Geldbuße verurtheilt.

10) In dem Gothaischen und Dresdenschen Polizeiblatt wurde er seit langer Zeit mit Warnungsanzeichen verfolgt. In diesen Blättern war seine Lebensgeschichte in voller Übereinstimmung mit den hier ermittelten Umständen enthalten und namentlich angegeben, daß er gefälschte Pässe bei sich geführt habe und er eigentlich ein Holländer, Namens Joleb Johannes sei. Unter letzterem Namen war er auch in Paris verurtheilt.

11) Es ist eine unwahre Behauptung des Oberstaatsanwalts Schwarz, daß auf Kosten der geheimen Fonds Agenten nach London und Paris in dieser Angelegenheit geschickt worden wären. Zur betreffenden Zeit hielten sich in London die preußischen Polizei-Commissionen Bormann und Bork zur Verfolgung des an den Wittwo Hirsch hier verübten Raubmordes auf. Gegenwärtig wurde von hier aus an diese Beamten geschrieben, um den dortigen Aufenthalt zu Recherchen wegen des Prinzen zu benutzen. Die Berichte der Beamten bestätigen die oben angeführten Umstände.

12) Es stellte sich hier ein bestimmter Betrug heraus, den der angebliche Prinz bei seinem früheren Aufenthalt gegen den Kleidermacher Kohn verübt hatte, derjelbe konnte jedoch nicht mehr verfolgt werden, weil inzwischen Verjährung eingetreten war.

13) Der angebliche Prinz verneigte jede Auskunft über seine Geburt, seinen Lebenslauf, seine Subsistenzmittel. Wenn die Beamten die Gründe dieser Weigerung forderten, so antwortete er jedesmal, die biegen Beamten wären vom Kaiser von Russland bestochen und würden ihm seinen Staatschäg stehlen, wenn er solchen nachweise.

Diesen gravirenden Thatsachen ließen sich noch viele andere hinzufügen. Ich gewann in Übereinstimmung mit sämtlichen Beamten der Kriminalpolizei und dem General-Director v. Hinkeldey die pflichtmäßige Überzeugung, daß der angebliche Prinz ein, der öffentlichen Sicherheit gefährlicher Schwindler und Gauner sei, welcher zur Klasse der Hochstapler gehört. Hr. v. Hinkeldey hat den Prinzen mehrfach persönlich verhört.

Anlangend das gegen den Prinzen beobachtete amtliche Verfahren, so hat man denselben als ein höchst verdächtiges Subjekt zu betrachten, welches sich hier ohne jede Legitimation aufhielt und gefälschte oder nicht für ihn bestimmte Legitimationen früher benutzt hatte.

Nach der ältern Gesetzgebung unseres Landes, namentlich nach dem § 6 des Paß-Edicts vom 22. Juni 1817 und nach §§ 43 und 38 der General-Instruction zum Paß-Edict vom 12. Juli 1817 waren die Polizeibehörden unzweifelhaft befugt, ein Subject dieser Art festzunehmen und so lange zur Arbeit anzuhalten, bis dessen Persönlichkeit hinreichend aufgeklärt war. In solcher Weise ist in hunderten von Fällen mit Genehmigung der vorgefegten Behörde verfahren worden. Es kam binzu, daß bei dem angeblichen Prinzen in jedem Augenblick auch Cristenzlosigkeit zu befürchten war, da bei seiner Festnahme der armenische Staatschäg nur noch aus 6 Thalern bestand. An andern Orten hatte der Prinz bei längerem Aufenthalt schon Gaunerien verübt, hier waren solche noch verbüdet worden, indem die wachsame Polizeibehörde noch zur rechten Zeit eingedrungen war. Es läßt sich darüber streiten, ob jene oben angeführten Bestimmungen der Paß-Edicte heute noch gültig sind, da sich in der neueren Gesetzgebung eine Lücke in dieser Beziehung findet. Das Polizei-Präsidium hat damals die Ansicht festgehalten, daß jene Gültigkeit fortbestehe und das gegen den Prinzen beobachtete Verfahren desselben entspricht vollständig der Praxis, welche das Polizei-Präsidium zu jener Zeit in vielen andern Fällen beobachtet hat. Es liegen zahlreiche Fälle vor, in denen eine Polizeiaufsicht dieser Art längere Zeit gedauert hat, in den meisten Fällen ersparnte man in solchen legitimationslosen Vagabunden nach langen Bemühungen entsprungene Verbrecher. Es läßt sich, wie gezeigt, darüber streiten, ob diese damalige Ansicht des Polizei-Präsidiums richtig war, und läßt sich dieser Streit nur im Wege der Gesetzgebung regeln, jedenfalls haben die betreffenden Beamten, mit voller Genehmigung ihres Chefs, des Herrn von Hinkeldey, welche ich selbst befunden kann, in gutem Glauben und in der besten Absicht gehandelt.

Es ist dieses um so mehr anzunehmen, als die Polizei-Beamten mich den königl. Staatsanwalt sofort beim Beginn der Recherchen zugezogen haben, obwohl der Staatsanwalt die Zugabe bei Recherchen gegen Personen, welche als legitimationslos angehalten werden, gesetzlich nicht verlangen kann.

Unwahr ist es, wenn Hr. Schwarz behauptet, ich hätte, als die Akten gegen den Prinzen mit schriftlich vorgelegt wurden, die Einleitung einer Untersuchung ablehnen müssen. Der Prinz war offenbar der Führung falscher Titel, Würde und der Annahme falscher Orden,

so wie der Bekleidung der Beamten überschüttet, welche er beschuldigt batte, dieselben seien vom Kaiser von Russland gegen ihn bestochen. Um die juristischen Beweise hierfür zu erbringen, hätten aber umfassende Beweis-Aufnahmen in Paris, Brüssel und London erfolgen müssen, welche dem Justizfond enorme Kosten verursacht hätten. Das Resultat wäre doch zuletzt nur eine geringe Gefängnisstrafe gewesen. In Fällen dieser Art sind die Staats-Anwälte ausdrücklich vom Herrn Justiz-Minister instruiert, aus Zweckmäßigkeits-Gründen von einer gerichtlichen Verfolgung Abstand zu nehmen und lehnte ich lediglich deshalb es ab, den Prinzen vor Gericht zu stellen, zumal er schon von der Polizei längere Zeit verhaftet gehalten war. Ich habe dieses in innerer betreffenden Verfügung ausdrücklich ausgesprochen. Das Verfahren ist also mit der Ausweitung des Prinzen, für den bisher nie-mals irgend eine Autorität eingetreten ist, was gewiß der Fall gewesen wäre, wenn er kein Betrüger war.

Der Prinz hatte sich damals mit seiner frivolen Denunciation gegen die Frau Mahlmann offenbar nur in der Absicht an mich gewendet, um von mir irgend einen Bescheid mit der amtlichen Adresse „an den Fürsten von Armenien zu erhalten und diesen Bescheid dann an seiner ferneren Legitimation zu missbrauchen.“ Die Rede, welche Herr Ober-Staats-Anwalt Schwarz in dem Stieber'schen Prozeß gehalten hat, wird nunmehr in Zukunft allerdings ein vortreffliches Diplom für das armenische Fürstenhaus bilden. Was endlich die Bechlagnahme der Briefe des Prinzen von Armenien anbelangt, so verhält es sich hiermit wie folgt: Die Postbehörden verlangen in allen Fällen, in denen die Polizei zu ihren Recherchen die Bechlagnahme von Briefen bedarf, einer Ermächtigung des t. Staatsanwalts. Es beruht dieses Verlangen auf einer Ministerial-Instruction. In Fällen dieser Art muß also die Polizei jedenfalls dem Staatsanwalt Vortrag halten. Im vorliegenden Falle war es augenscheinlich eine ganz zweitmäßige Regel, die Briefe des angeblichen Prinzen anzuhalten, um dessen Persönlichkeit zu ermitteln und die gegen ihn vorliegenden Verdachtsgründe zu erörtern. Ich trug also kein Bedenken, dem Antrage der Polizei stattzugeben, und tanto von einer Verlezung des Briefeheimisses dabei gar keine Rede sein.

Es lag aber damals sogar noch eine spezielle Beträgerei gegen den angeblichen Prinzen vor. Wenige Tage vor seiner Verhaftung war er bei dem hiesigen gerichtlichen Translater Herrn Bonge, erischten und verlangte eine amtliche mit dem Gerichtsiegel versehene Überzeugung seines angeblichen Laufschirms. Der Translater verweigerte die Beifügung des Gerichtsiegels, weil das vorgelegte Original nicht beglaubigt war. Der Prinz behauptete, daß das vorgelegte Schriftstück eine Übersetzung enthalte, welche der Professor Petermann für ihn aus dem Original in armenischer Sprache angefertigt habe. Alle diese Angaben erwiesen sich als falsch und lag der Verdacht eines Betruges hinreichend vor, um eine Bechlagnahme der Briefe auszusprechen.

Ob der Staatsanwalt Schwarz hiernach berechtigt war, den Prinzen von Armenien als einen harmlosen Wandler zu bezeichnen, will ich getrost dem öffentlichen Urteil anheimstellen.

Um das Verfahren des Oberstaatsanwalts Schwarz in das richtige Licht zu stellen, muß ich aber noch folgende überraschende Thatsachen hervorheben. Unter dem 9. Februar 1857 wurden die sämtlichen den Prinzen von Armenien betreffenden Akten vom Herrn Justizminister dem Oberstaatsanwalt Schwarz zugewiesen, um seine Ansicht darüber auszusprechen, ob wegen des gegen den Prinzen beobachteten Verfahrens sich eine Untersuchung gegen bestimmte Beamte begründen lasse. Herr Oberstaatsanwalt Schwarz mag freilich keine Abnung davon haben, daß ich von dem Bericht, den er unter dem 26. März 1857 an den Herrn Minister erstattet hat, Kenntnis erlangt habe. In diesem Bericht wird ausgeführt, daß sich nach dem Tode des Hrn. v. Hinkeldey füglich gegen Niemand eine Untersuchung einleiten lasse. In diesem Bericht befinden sich folgende Stellen:

„Mein (des Herrn Schwarz) Ressort wird hierbei nur durch die in dem angezogenen Bericht des Polizei-Präsidenten, Freiherrn v. Ledebur, angedeutete — Frage berührt, ob der Staatsanwalt des Stadtgerichts vor der Mitteilung des Polizei-Präsidenten am 9. Januar 1856 Veranlassung hatte, von dem polizeilichen Vorgehen gegen den Pseudo-Prinzen amtlich Notiz zu nehmen. Ich kann dies nur verneinen. Die einzige Requisition, welche bis zu dem bezeichneten Zeitpunkt an die Staatsanwaltschaft ergangen ist, betraf die Bechlagnahme der Korrespondenz des festgenommenen, einer Maßregel, welche dem Polizei-Präsidium wünschenswerth war, aber von demselben allein nach bekannter Praxis der Postverwaltung nicht herbeigeführt werden konnte (vergl. Abhandlung in Goldammer's Archiv für preußisches Strafrecht, Bd. III, S. 86 ff.). In diesem Anluden, welches ich in gegenwärtigem Bericht beizufügen mich beeindruckt habe, ist nichts enthalten, das den Staatsanwalt hätte berechtigen können, sich mit dem Falle zu befassen und die Vorführung des polizeilich Detinirten amtlich zu fordern.“

Das passive Verhalten der Staatsanwaltschaft gegenüber dem polizeilichen Verfahren darf mitnichten nicht als eine stillschweigende Gutheisung des letzteren gedeutet werden.“

„Für die Dauer der Arbeitshaus-Haft und die Behandlung des Pseudo-Prinzen während derselben ist deshalb der Director Stieber nicht füglich in Anspruch zu nehmen.“

Ich frage den Oberstaatsanwalt Schwarz hiermit öffentlich, ob er diesen Bericht unter der Nr. IV. 1207 dem Herrn Justizminister erstattet hat und ob sich in solchen die oben angeführten Stellen befinden. Ich frage ferner hiermit öffentlich, ob Hr. Schwarz in diesem Bericht oder sonst jemals ein Wort der Missbilligung über mein Verfahren gegen den Prinzen von Armenien gesagt hat?

Wenn nun aber jener Bericht von Herrn Schwarz erstattet ist, wenn man die obigen Stellen desselben mit seiner Rede gegen Stieber und mich vergleicht, dann bedarf es für mich keiner weiteren Rechtfertigung gegen die Angriffe des Hrn. Schwarz. Berlin, 27. Novbr. 1860.

Nörner, Reg. Staatsanwalt beim Stadtgericht z. D. (Publ.)

Erste frische Weine 98/100—102/102 von 42/44—46/47 Kr., große

102/5—107/107 von 45/47½—49/51 Kr.

Spiritus 22 Kr. für 8000 % Dr.

Getreide-Börse. Wetter: feuchte und trübe Luft. Wind: NO.

Am heutigen Marte entwidelt sich zu den heruntergedrückten Preisen etwas besserer Kaufslust für frischen Weizen, es wurden 115 Lasten umgesetzt und für 121 Kr. bunt ausgewaschen. 121 Kr. 122 Kr. hellbunt derselb. 123 Kr. 124 Kr. 125 Kr. bunt, ziemlich gefund. 126 Kr. 127 Kr. recht hell 128 Kr. 129 Kr. hochbunt 128 Kr. 129 Kr. bedungen.

Roggen nach Qualität mit 127 Kr. 131 Kr. 125 Kr. bezahlt.

Weisse Erbsen 128 Kr. 130 Kr. 132 Kr. 133 Kr. 135 Kr. 137 Kr.

Widen 128 Kr.

Spiritus mit 22 Kr. bezahlt.

* Elbing, 27. November. (Orig.-Ver.): Milde Witterung bei bedeckter Luft. Wind: SO.

Die Zufuhren von Getreide sind mäßig, die Kauflust nicht allgemein, die Preise für Weizen haben etwas angezogen, die für die übrigen Getreidegattungen sind schwach beauptet. — Spiritus bei schwacher Zufuhr begeht und im Preise beauptet.

Bezahlt ist für: Weizen hochbunt 117—228 Kr. 69/70—77/82 86 Kr., 123/33—129/82—97/83 Kr., bunt 118—258 Kr. 69/70—81/83 Kr., rot 125—30/20—28/28 Kr. 45—50—51½—57½ Kr. bez., abfallend 115—117 Kr. 60/64—65/67 Kr. — Roggen 118—128 Kr. 50—58 Kr. — Gerste, große 102 bis 110 Kr. 42/44—52/57 Kr. do. kleine Malz 99—105 Kr. 39/40—45/46 Kr. do. kleine Futter 87—92 Kr. 34—36 Kr. — Hafer 55—72 Kr. 16—27 Kr. — Erbsen, weiße Koch 59—62 Kr. Futter: 54—57 Kr. grüne 60—78 Kr. grüne 72—77 Kr. bez. — Bohnen 60—64 Kr. — Widen 42—52 Kr. — Spiritus bei Partie 22 Kr., bei kleinen Posten bis 24 Kr. für 8000 % Dr.

Königsberg, 30. November. (R. H. A.) Wind SW. + 3. — Weizen unverändert, hochbunter 124—298 Kr. 85—93 Kr., bunter 121—297 Kr. 95—100 Kr., rotb. 122—298 Kr. 79—83 Kr. — Roggen behauptet, loco 114—20—22—28 Kr. 45—50—51½—57½ Kr. bez., Termine unverändert still. — Gerste flau, kleine 98—99 Kr. 39 Kr. bez. — Hafer matt, loco 69—70—78 Kr. 6—31 Kr. bez. — Erbsen, weiße Koch 62—66 Kr., Futter: 56—60 Kr. grüne 60—72 Kr. — Widen 45—55 Kr. bez. — Leinsaat fest und höher, keine 110—168 Kr. 78—88 Kr. bez., mittel 110—128 Kr. 73—75½ Kr. bez. — Kleesaat rotbe 11—124 Kr. 76 Kr. bez. — Leinöl 102 Kr. für 4 Kr. Br. — Rüb. 12½ Kr. Br. C. B. 12½ Kr. bez. — Spiritus den 27. Novbr. loco gemacht 22½ Kr. mit Fas. in kleinen Posten, gemacht 23½ Kr. und 23½ Kr. mit Fas. Verkäufer 22½ Kr. und Käufer 21½ Kr. ohne Fas. Verkäufer 23½ Kr. mit Fas. für Frühjahr Verkäufer 22½ Kr. und Käufer 22 Kr. mit Fas. Alles für 8000 % Fas.

Berlin, 27. November. Wind: SO. Barometer: 271°. Thermometer: früh 30°. — Witterung: Staubwetter.

Weizen zur 25 Scheffel loco 72—82 Kr. nach Qualität. — Roggen zur 2000 Kr. loco 50½—50½ Kr. do. November 50½—50½ Kr. bez. und Gd. 50½ Kr. Br., November 50½—49½ Kr. bez. und Gd., 50 Kr. Br., Dezember 50½—49½ Kr. bez. und Gd., 50 Kr. Br., Januar 50½—49½ Kr. bez. — Gerste zur 25 Scheffel große 43—47 Kr. — Hafer loco 25—28 Kr., zur 1200 Kr. November 27½—27 Kr. bez. und Gd., do. November—Dezember 27—26½ Kr. bez. do. Frühjahr 27½ Kr. bez. — 27 Kr. bez.

Käbel zur 100 Pfds. ohne Fas. loco 11½ Kr. bez., November 11½—11½ Kr. bez. und Gd., 11½ Kr. Br., November—Dezember 11½—11½ Kr. bez. und Gd., 11½ Kr. Br., Dezember—Januar 11½ Kr. Br., April—Mai 12½—12½ Kr. bez., 12½ Kr. bez. und Gd., 12½ Kr. — Leinöl 27 Kr. bez.

Spiritus zur 8000 % loco ohne Fas. 20½—20½ Kr. bez., November 20½—20½ Kr. bez. und Gd., 20½ Kr. Br., November—Dezember 20—19½ Kr. bez. und Gd., 19½ Kr. bez. und Gd., do. Dezember—Januar 20—19½ Kr. bez. und Gd., 19½ Kr. bez. und Gd., April—Mai 20—20½ Kr. bez. und Gd., 20½ Kr. bez.

Mehl. Wir notiren für: Weizenmehl Nr. 0. 5

Sitzung des landwirthschaftlichen Vereins
Sopot, den 30. November d. J.,
Nachmittags 4 Uhr,
in Kreiss' Hotel daselbst.

Zu einem Alter von 13 Monaten starb heute
Abends 6 Uhr unter einziges Söhnen Carl am
Durchbruch der Zahne.
Beisendorf, den 27. November 1860.
C. Stobbe und Frau.

Bekanntmachung.

Die Bernsteinmünzung am Seestrande der frischen
Rehrung auf einer Strecke von circa 10 Meilen von
Weichselmünde bis Polst (Narmeln) soll vom 1.
September 1861 ab, auf anderweite 6 Jahre, also
bis ultimo August 1867 in einem vor dem Herrn
Stadtrath Dodenhoft im Rathause am

8. December d. J.,

Vormittags von 11 Uhr ab,
anstehenden Licitations-Termin, in Pacht ausgebo-
ten werden, wozu cautiousfähige Pachtlustige hie-
mit eingeladen werden.

Die Pachtbedingungen sind in unserem III. Ge-
schäfts-Bureau einzusehen.

Danzig, den 3. October 1860.

Der Magistrat. [807]

Bekanntmachung.

Befuhs Verpachtung der Berechtigung zur Er-
hebung des Baumgeldes am Kielgraben auf 3 Jahre
vom 1. April 1861 ab, steht ein Licitations-Termin

am 14. December cr.,

Vormittags 11 Uhr,
im hiesigen Rathause vor dem Herrn Stadtrath
Dodenhoft an, zu welchem wir Pachtlustige hiermit
einladen.

Danzig, den 21. November 1860.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur Verpachtung der Grasnutzung innerhalb
des circa 72 Hufen eingegrenzten Platzes am Ra-
daunenfuß neben dem sogenannten Buchhausplatz
auf drei Jahre vom 16. April 1861 ab, steht ein
Licitations-Termin

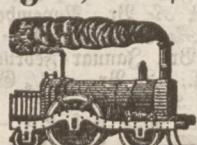
am 12. December cr.,

Vormittags 11 Uhr,
im hiesigen Rathause vor dem Herrn Stadtrath
Dodenhoft an, zu welchem wir Pachtlustige hiermit
einladen.

Danzig, den 21. November 1860.

Der Magistrat.

Königliche Ostbahn.



Die Lieferung der nachstebend aufgeföhrten, für
die Königliche Ostbahn pro 1861 erforderlichen Be-
triebs-Materialien:

1800 Klafter fiesern oder tannen Brennholz,

1600 Centner raffiniertes Küböl,

24 Stearin-Wagenlichte,

3½ Stearin-Zimmerlichte,

2800 Duzend Cylinderdöchte,

12000 Ellen Wachsdochte,

10 Pfund Fadendöchte,

100 Stück Lampenglocken,

4700 Glascylinder,

70 Centner Talg,

1550 Schmieröl,

1160 Kugelpennen,

380 Burgbaumwolle,

220 Buch Schmirge papier,

150 Centner Kienöl,

1½ Cocosnöhl-Sodaseife,

13 harte Talgsseife,

120 grüne Seife,

5000 Stück Straubchen,

150 Centner Kupfertritriol,

22 Schwefelsäure,

100 Stück große Batteriegläser,

800 kleine Batteriegläser,

20000 laufende Fuß Telegrafenchnur.

3½ Centner weiße Kreide,

9 Centner Kindfaden und Sadband,

100 Stück weiße Kugellaternengläser,

300 Laternenheiben,

250 rothe Laternenheiben,

150 grüne Laternenheiben,

12000 Bodenspider,

25000 ganze Lattnägel,

1000 halbe Lattnägel,

23000 ganze Breitnägel,

30000 halbe Breitnägel,

33000 ganze Schloßnägel,

30000 halbe Schloßnägel,

25000 Holzwedeln,

soll im Wege der öffentlichen Submission verdungen

werden. Hierzu steht ein Termin auf

Donnerstag, den 13. December d. J.,

Vormittags 11 Uhr,

in dem Bureau des Unterzeichneten (auf dem hiesi-
gen Bahnhofe) an.

Unternehmer wollen bis dahin ihre Öfferten

portofrei, versegeln und mit der Aufschrift:

Submission auf Lieferung von Betriebs-

Materialien für die Königliche Ostbahn

pro 1861

versehen, an den Unterzeichneten einsenden.

Die Definition der Öfferten erfolgt zur genann-
ten Termintunde in Gegenwart der etwa anwesen-
den Submittenten.

Die Lieferungs-Bedingungen sind auf allen

Stationen der Ostbahn bei den Stationsvorständen

einzuholen, werden auch auf portofreie Gefüge un-
entgeltlich von dem Unterzeichneten mitgetheilt.

Bromberg, den 25. November 1860.

Der Königl. Ober-Betriebs-Inspector.

Grillo.

Krystall-Wasser, als Fleckenreini-

gungs-Mittel seit
längerer Zeit bekannt, verkaufe, um meinen bedeu-
tenden Vorrath zu räumen, in großen Flaschen a

2½, 5 und 10 Sgr.

Albert Neumann, Langenmarkt 38.

No. 74 Langgasse. W. Schweichert. Langgasse No. 74.

das wahrhaft ächte Kölnische Wasser von
Johann Maria Farina,

gegenüber dem Jülichs Platz,

a fl. 15 Sgr. 3 fl. 1 Thlr. 10 Sgr. 6 fl. 2 Thlr. 15 Sgr.

Eau de Cologne Double von

Maria Clementine Martin Klosterfrau,

a fl. 12½ Sgr. 3 fl. 1 Thlr. 5 Sgr. 6 fl. 2 Thlr. 9 Sgr.

Größtes Lager von über 1000 ächten und stets frischen

Englischen und Französischen Parfümerien,

bei Abnahme von ½ D. das 7te Rabatt.

No. 74 Langgasse. W. Schweichert. Langgasse No. 74.

NB. Bitte meine wahrhaft ächten Artikel nicht mit den äußerlich nachgemachten Artikeln

zu verwechseln. [1576]

Nothwendiger Verkauf.

Die beiden zu Conradshammer unter den Hypo-
theken-Nummern 49 und 49a belegenen, dem Guts-
besitzer Julius Ferdinand Alexander Geschäft zuge-
hörigen Grundstücke, von denen das Erste ein-
schließlich der bei Heubude belegenen Wiesen auf
33,248 Thlr. 28 Sgr. 4 Pf., das Letztere auf
6273 Thlr. 10 Sgr. abgeschäft ist, sollen zusammen
oder einzeln

am 1. Juni 1861, Vormittags

um 11½ Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftirt werden.

Auf dem Grundstücke Conradshammer No. 49a
befindet sich ein Eisenhammer.

Die Taxis und Hypothekencheine beider Grund-
stücke können im fünften Bureau eingesehen werden.
Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypo-
thekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus den
Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit
ihrem Anspruch bei dem unten genannten Gericht
zu melden.

Die Witwe Anna Maria Schwarz, geborene
Siegleith wird zu dem Termine hierdurch öffentlich
vorgeladen.

Danzig, den 19. November 1860.

Königl. Stadt- u. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. [1568]

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Marienburg,

den 22. November 1860.

Das den Friedrich August und Caroline Bertha
Friedrich geb. Mathey-Deshner'schen Cheleuten zu-
gehörige Grundstück Gr. Lichtenau No. 2 A. u. B.,
abgeschäft auf 16201 Thlr. 20 Sgr., zufolge der
nebst Hypothekenchein und Bedingungen im III.
Bureau einzuhenden Taxe soll

am 12. Juni 1861,

Vormittags 12 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypo-
thekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus den
Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihre Ansprüche
bei dem Subhafts-Gerichte anzumelden. [1575]

Annoucen aller Art in folgenden Zeitungen:

Kopenhagen, Dagbladet

Altona, Nordischer Courier

Amsterdam, Handelsblatt

Augsburg, Allg. Zeitung

Berlin, Börsen-Zeitung

Kreuz-Zeitung

National-Zeitung

Preuß. Zeitung

Volt-Zeitung

Bern, Bund, Correspondent

Braunschweig, Reichszeitung

Bremen, Weser-Zeitung

Breslau, Morgenzeitung

Brüssel, L'Indépendance belge

Le Nord, Anzeiger

Chemnitz, Anzeiger

Christiania, Posten

Danziger Zeitung

Dresden, Journal

Elberfelder Zeitung

Frankfurt a. M., Journal

Anzeiger

Handels-Ztg.

Hendelsches Telegraph.

Gothenborg, Hand. & Sjöf.

Lüding, Börsen-Zeitung

Hamburg, Börsen-Halle, Nachrichten

Hannover, Zeitung für Norddeutschland

Helsingfors, Tidning

Kassel, Zeitung

Königsberg, Hartung'sche Zeitung

Leipzig, Zeitung

Östpreußische Zürich, Neue Zürcher Zeitung

fand bei der großen Verbreitung dieser Blätter im
In- und Auslande vom besten Erfolg und werden
von deren unterzeichneten Bevollmächtigten zum
Original-Preise angenommen und sofort
weiter befördert. Das Bureau bietet dem verehrlichen
Publikum den Vortheil, daß, außer Ersparung an
Porto, bei höheren Annoucen und Wiederholungen
ein angemessener Rabatt eingeräumt wird, wie er bei
directem Verkauf mit den Expeditionen selten gefunden
wird. Auch wird die Beförderung von Inferaten in
alle übrigen deutschen, dänischen, schwedisch-norwegi-
schen, englischen, französischen und russischen Zeitun-
gen, worüber spezielle Verzeichnisse zu Diensten stehen,
übernommen. Über jede Annonce wird der Be-
leg gefertigt.

Die Annoucen werden die Preise der einzelnen Böcke vom 10. De-
cember ab bestimmt sein. Auf vorhergegangene

Anmeldung schicke ich bereitwillig Fuhrwerk zur

Abholung von der mir zunächst gelegenen Station